

*Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal, Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Lehrstuhl Makroökonomik; Alfred Grosser Professor 2007/08, Sciences Po, Paris
Research Fellow am IZA, Bonn
Non-Resident Senior Fellow am AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC
welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.euroeiiw.de
Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371*

Prof. Welfens hat gutachterlich zu Wirtschaftsfragen u.a. beim US Senat, beim Europäischen Parlament (zu Basel II und zu Innovationsfragen) sowie in zahlreichen Studien für die Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, das niederländische Wirtschaftsministerium und weitere namhafte Auftraggeber gewirkt. Prof. Welfens ist Träger des Internationalen Kondratieff Preises 2007; 1996 hat er den Preis der Wolfgang Ritter Stiftung, Bremen erhalten; und er ist Mit-Herausgeber der Zeitschrift International Economics and Economic Policy. Laut dem Verlagshaus Springer, Heidelberg, ist er international Deutschlands meistpublizierter Ökonom; siehe auch den EIIW-Newsletter 2008, Spring/Frühjahr (www.euroeiiw.de)

14. Mai 2009 © Welfens

Pressemitteilung

Digitale Dividende sichern

Es gibt einen gewissen Konflikt beim Ausbau der Telekommunikation, die für verstärktes Mobilfunkwachstum auf neue Frequenzen angewiesen ist. Die Zuweisung neuer Frequenzen ist dringend erforderlich, um die Chancen der digitalen Wissensgesellschaft sinnvoll zu nutzen. Hierbei entstehen Übergangsprobleme bei einigen Funk-Mikrofonen, so dass ein Allokationskonflikt die zügige Nutzung der digitalen Dividende behindern könnte; eine problemlose Allokation knapper Frequenzen ist daher nicht ohne Weiteres möglich. In der gegenwärtigen schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage und mit Blick auf die Lissabon-Agenda ist jedoch unbedingt von wirtschaftspolitischer Seite die Vorfahrt zu Gunsten der digitalen Dividende zu regeln: Hier entstehen im Mobilfunksektor Impulse für Wachstum, Jobs und Innovationen in verstärkter Weise.

Für die Anpassungslasten von betroffenen Mikrofonnutzern sollte von Seiten des Bundes ein sinnvoll begrenzter Ausgleichfonds eingerichtet werden. Die Begrenzung für eine ökonomisch begründete Kompensation sollte auch zeitlich erfolgen, so dass der Migrationsprozess bei der Nutzung der Funkfrequenzen rasch erfolgt und zu möglichst geringen Bürokratiekosten führt. Soweit der Bund nicht aus dem Steueraufkommen eine Regelung zur Kompensation finanzieren will, ist daran zu denken, künftige Frequenzversteigerungserlöse entsprechend für diese Finanzierung zu verwenden. Eine marktwirtschaftliche Lösung, die rasche Problemlösung mit zugigem Freischalten neuer Frequenzen für den Mobilfunk verwendet, ist aus ökonomischer Sicht dringlich. Die Bundesländer, deren Zustimmung im Bundesrat erforderlich für eine Regelung ist, sollten keinesfalls einer raschen Kommunikations- und innovationsförderlichen Regelung entgegenstehen. Die Bundesrepublik Deutschland kann hier ein ökonomisches und ordnungspolitisches Beispiel in der digitalen EU-Wissensgesellschaft setzen.